

Hofheim, 27. März 2023

Neue Flüchtlingsunterkunft in Kelkheim

Kreis mietet künftiges Gebäude im Stadtteil Münster – Einzug ab 2024 geplant

Im Kelkheimer Stadtteil Münster mietet der Main-Taunus-Kreis ein Gebäude zur Unterbringung weiterer Flüchtlinge. Wie Landrat Michael Cyriax mitteilt, soll in einem Gebäude in der Benzstraße, das noch errichtet wird, Raum für bis zu 300 Personen geschaffen werden. Das Gebäude einer privaten Gesellschaft in einem Gewerbegebiet war zunächst als Hotel vorgesehen, soll nun aber angesichts der aktuellen Flüchtlingszuweisungen für Geflüchtete genutzt werden.

Den Angaben zufolge läuft der Mietvertrag zunächst über zehn Jahre. Das Gebäude bietet einzelne Apartments mit jeweils eigener Küchenzeile und Dusche, in denen jeweils bis zu drei Personen Platz finden. Nach aktuellem Stand sollen im Frühjahr 2024 die ersten Flüchtlinge einziehen.

Planungen für die neue Unterkunft laufen nach Kreisangaben bereits seit rund einem Jahr, der entsprechende Vertrag wurde vom Kreisausschuss im Mai 2022 genehmigt. Hintergrund sind nach Angaben von Cyriax anhaltend hohe Zahlen von Flüchtlingen, die das Land dem Main-Taunus-Kreis zuweist. Aktuell seien im Kreis rund 8800 Flüchtlinge gemeldet, pro Woche kämen mehr als 30 neue dazu: „Um mit der Entwicklung Schritt zu halten, brauchen wir weitere Unterkünfte.“

„Wir stehen weiterhin vor der schwierigen Aufgabe, die Geflüchteten aus den Krisengebieten aufzunehmen“, so Bürgermeister Albrecht Kündiger. „Der Main-Taunus-Kreis steht vor der großen Herausforderung, die dem Kreis zugewiesenen Menschen in unserem dicht besiedelten Ballungsraum unterzubringen. Angesichts der Gesamtsituation sind wir verpflichtet, jede Möglichkeit zu nutzen.“

Ende Januar hatten sich die Kreisspitze und Vertreterinnen und Vertreter sämtlicher Kommunen in einem parteiübergreifenden Appell an die Bundes- und die Landesregierung gewandt, um den Zuzug zu steuern und zu begrenzen, sodass die Kommunen denjenigen helfen könnten, die als Asylbewerber anerkannt sind. Durch den aktuellen Zuzug würden die Kommunen überfordert. Auch seit einem Gespräch zwischen Spitzenvertretern deutscher Kommunen und der Bundesinnenministerin Nancy Faeser habe es keine Änderung der Lage gegeben.